

Keine Revolution ist auch keine Lösung

Von der US-Immobilienkrise zur Neuaufteilung der Weltmärkte?
Zur Kritik der politischen Ökonomie des XXI. Jahrhunderts

Marx sagt, die Revolutionen sind die Lokomotiven der Weltgeschichte. Aber vielleicht ist dem gänzlich anders. Vielleicht sind die Revolutionen der Griff des in diesem Zuge reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse.

Walter Benjamin,
Notizen über den Begriff der Geschichte, 1940

Wir wollen etwas verfeinerten Radikalismus.
Nicht bloß dieses grobkörnige Entweder–Oder.

Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der KPD,
Debatte über die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung, 1918

Eine elende, eine verächtliche Weisheit
ist das einseitige Aufspüren der Notwendigkeit,
wenn die Geschichte geschehen ist.

Arnold Ruge,
Europa im Jahre 1840

Statt einer Einleitung: Unwissen ist Ohnmacht

Die Linke ist bescheiden geworden. Sie war jahrzehntelang mit dem Anspruch angetreten, den Wind der Geschichte in ihren Segeln zu haben, zu wissen, wohin die Fahrt geht und warum. Heute schwört sie nicht nur dem historischen Determinismus ab – was immer man darunter versteht – sondern verzichtet überhaupt auf ausführliche Begründungen ihrer Positionen. Selbst dort, wo die Linke traditionell die größten Erfahrungen hatte, in der Analyse von kapitalistischer Wirtschaft und Arbeitswelt, hält man sich zurück. Nicht nur sind die wirtschaftspolitischen Forderungen bescheiden: Wer nicht gleich vorschlägt, Tarifverträge zu zerreißen und die Sozialversicherungen zu privatisieren, wer gar gewisse Reallohnsteigerungen für richtig hält, dem wird applaudiert. Sondern es wird auch gar kein Versuch mehr unternommen, dem vorherrschenden Bild "der Wirtschaft" eine eigene Position entgegenzusetzen. Daß "Wirtschaft" nicht nur eine Sache von Kaufen und Verkaufen, von Bossen und Börsenkursen ist, sondern in der alltäglichen Arbeit besteht – das wird nur als moralischer Anspruch auf Anerkennung, nicht als erklärender Zugang zur Kritik der herrschenden Zustände verstanden. In der Defensive scheint jede Begründung recht, wenn nur etwas "soziales" dabei herauskommt. Die offensive Lösung des aufsteigenden liberalen Bürgertums gegen jede Form der Beschränkung der privaten wirtschaftlichen Freiheiten, das "laissez-faire", ist zur Parole einer resignierten Linken geworden. Bloß nicht streiten, ob Marx oder Keynes – alles ist gleichermaßen akzeptiert.

Sicher ist eine besondere Selbstsicherheit nach den Niederlagen der Linken – aller ihrer Strömungen – in den letzten Jahrzehnten weder zu erwarten, noch wäre sie wünschenswert. Doch Bescheidenheit allein kann die Antwort wohl nicht sein. Im Gegenteil: Die Anforderungen an die eigene politische Arbeit sind gestiegen, während die Erfolgserwartungen gesunken sind. Es gilt zugleich "Kleinere Brötchen zu backen" und "Dickere Bretter zu bohren." Das ist nicht einfach, aber wann ist das Arbeiten für eine menschenfreundlichere Gesellschaft je einfach gewesen?

Gerade die Entwicklung der letzten Jahre ist von einem erklärungsbedürftigen Widerspruch geprägt. **Einerseits** bescheinigten fast alle Beobachter der kapitalistischen Weltwirtschaft die schwerste Krise seit vielen Jahrzehnten. Erstmals seit 1945 wurde 2009 von den zuständigen Stellen ein Rückgang der wirtschaftlichen Leistung im Weltmaßstab gemeldet. Für die Bundesrepublik Deutschland berichtet das Statistische Bundesamt für das Jahr 2009 einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um 5 Prozent. Viele, nicht nur linke Analysen der letzten Jahre klangen so, als wäre der globale Kapitalismus pleite und weigere sich nur, den Gerichtsvollzieher einzulassen. Noch immer rufen Teile der stolzen privaten Wirtschaft nach staatlicher Hilfe, obwohl die Wachstumsprognosen und Wirtschaftsnachrichten seit dem Herbst 2009 wieder besser aussehen – wenn auch nicht für alle Länder gleichermaßen.¹ **Andererseits** aber trafen und treffen die Regierungen der großen und kleinen kapitalistischen Mächte auf geringen Widerstand, obwohl ihre Sanierungsprogramme mit skandalöser Offenheit das Eigentum der bürgerlichen Klassen verteidigen und die Lebensumstände der lohnabhängigen Klasse verschlechtern. So hatten die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik fast anderthalb Jahre – vom Beginn der US-Finanzkrise im Sommer 2007 bis zum Spätherbst 2008 – Zeit, sich auf den Beginn der Krise vorzubereiten, doch beim Eintreffen der Krisenfolgen zeigten sie sich unsicher und weithin an alte Gewohnheiten gebunden. Seither sehen wir sie auf dem Rückzug.

Werner Sauerborn warnte Ende 2008: Wenn Gewerkschaften in der Krise die adäquate, die internationale Widerstandsebene fehlt, "werden sie schwer daran zu hindern sein, die second-best-Variante zu verfolgen, auf die Behauptung der eigenen Arbeitgeber im globalen Wettbewerb... zu setzen". Mit Blick auf die deutsche Industrie führt er fort: "Die Chance, dass dieses traurige und unsolidarische Kalkül, der beste Verlierer unter den global Erpreßten zu sein, aufgehen könnte, stehen nicht schlecht."(express 1/2009) Tatsächlich machten das deutsche Kapital und die Bundesregierung bald Zeichen der Erholung aus und

1 "Die Weltwirtschaft hat sich nach der Rezession deutlich schneller und stärker belebt als erwartet." (Peter Hohlfeld e.a. 2010). Bereits im September 2009 hatte die OECD auf diesen Trendwechsel hingewiesen: Recovery arriving quicker than expected but activity will remain weak.(03. September 2009)

sahen sich bestätigt: Konkurrenzfähigkeit ist alles. Keiner in diesen Kreisen will bei der Neuaufteilung der Weltmärkte zu spät kommen.

Doch in der Weltwirtschaft kommt es nicht nur auf den Willen zum Erfolg an, oder auf Absichten und Verlautbarungen, mediale Deutungshoheit und verschiedene Interpretationen der aktuellen Lage.² Es kommt auch auf die Macht an, die einem Willen zu Gebote steht, und auf die Stärke von Konkurrenten oder gar Gegnern. Wie aber können solche Kräfteverhältnisse bestimmt werden? Woher wissen wir, wie es in "der Wirtschaft" aussieht? Und was heißt das für die Leute, die in dieser Wirtschaft die Arbeit machen müssen? Das bloße Nachdenken über Wirtschaft und Gesellschaft im Allgemeinen reicht für Antworten auf solche Fragen nicht. Zwar hat solches Nachdenken den unbestreitbaren Vorteil, vergleichsweise billig zu sein: Es ist wohl zeitaufwendig, erfordert aber keine umfangreichen Mittel. In der Regel reichen Papier und Stift, und selbst die sind nicht immer nötig. Wenn es aber um die Darstellung der wirklichen Welt geht, um Daten und Fakten, die präzise erfaßt und pünktlich beschrieben werden sollen, dann wird es richtig teuer. (Brody 1984, 11f) So teuer, daß etwa oppositionelle Organisationen der arbeitenden Klasse in aller Regel als Träger nicht in Frage kommen.

Die Herrschenden interessieren sich vor allem dann für die Einzelheiten der gesellschaftlichen Realität, wenn sie sich davon etwas versprechen. So berichtet es schon die Weihnachtsgeschichte, denn nach dem Evangelium des Lukas war es die Einrichtung von Steuerlisten, die zu dem Geschehen im Stall von Bethlehem geführt haben soll: "Es begab sich aber zu der Zeit, daß ein Gebot von dem Kaiser Augustus ausging, daß alle Welt geschätzt würde." (Luk. 2,1). An dem Muster hat sich bis heute nicht viel geändert. In dicken, oft hunderte Seiten starken Dokumente definieren staatliche Instanzen ihre Sicht auf die Wirtschaft. In ihrer Form – als staatliche Gesetze und zwischenstaatliche Vereinbarungen – wie in ihrer bürokratischen Terminologie zeigen die statistischen Standards, daß sie nicht nur der reinen Erkenntnis, sondern sehr handfesten Interessen zu Nutzen sein sollen.³ Es sind die Fragen und Probleme "der da oben", die für die Aufgabenstellung statistischer Erhebungen entscheidend sind. Die professionelle Sozialwissenschaft, weniger wertfrei in ihren Problemstellungen und Methoden als sie gern von sich selber annimmt, kann nicht immer aushelfen. Wie Karl Korsch einst warnte: Das Gelände der Politischen Ökonomie ist für die arbeitende Klasse "zunächst und vor allem einmal Feindesland". (Korsch, 1967, 60)

Gerade deshalb aber müssen wir lernen, uns in diesem Land zu orientieren: Wir leben darin. Und mag der gelernte Linke auch über die Statistik spotten, der nur glaubt, wer sie selbst gefälscht hat. Im nächsten Absatz zitiert er doch genau die statistischen Angaben, die ihm gerade in den Kram passen, ganz unbekümmert um die Herkunft der Daten und die ihnen zugrunde liegenden Konzepte. Was tun? Sicher ist die amtliche Statistik wie jede andere wissenschaftliche Arbeit durch die Ziele und Vorstellungen geprägt, mit denen Forscher an die Arbeit herangehen. Doch wie bei jeder Arbeit ist auch hier fraglich, inwieweit das objektive Produkt menschlicher Tätigkeit den subjektiven Absichten der Produzenten und ihrer Auftraggeber entspricht. Um z.B. die Wahrheit perfekt zu verschleiern, müßte man sie vorab – etwa vor Beginn der statistischen Erhebungen – bereits kennen, was wohl nur durch göttliche Offenbarung zu erreichen wäre. Wenn die Regierungen zu dieser Erkenntnisquelle

² Anders sehen es die politischen Bildungskräfte im Think Tank der deutschen Linkspartei: "Entscheidend dagegen ist, wem es gelingt, die Deutungshoheit über das jeweilige Ereignis (z.B. "Mauerfall" oder den Terroranschlag vom 11. September 2001) zu erlangen und damit die Reaktionsweise zu bestimmen. Die Niederlage in den Deutungskämpfen antizipiert die Niederlage in den politischen und ökonomischen Kämpfen." (Brie e.a. 2009, 2). Und sie machen deutlich, wohin ein solches Absehen von wirklichen Kräfteverhältnissen sie führt. Ihre Analyse zielt auf ein "Solidarisches Mitte-Unten-Bündnis" (ebenda, S. 13), dessen parteipolitische Konkretisierung keine Fragen mehr offen läßt: "Der Kampf um die Gewinnung von SPD und Grünen für das Projekt einer solidarischen Umgestaltung muss aufgenommen werden." (ebenda, S. 18) Eine solidarische Umgestaltung Seite an Seite mit den Hartz-IV-Erfindern! So utopisch können die Konsequenzen reformistischer Politik ausfallen.

³ Grundlegend sind die international abgestimmten Standards, zunächst das System of National Accounts 2008 für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (<http://unstats.un.org/unsd/sna1993>) und die Standards der Finanzberichterstattung (www.imf.org/external/np/sta/bop/bop.htm). Die nationale Umsetzung ist zu erkennen in den Rechtsgrundlagen, die z.B. das Statistische Bundesamt online gestellt hat (www.destatis.de), oder den Abweichungen entsprechend besonderen Traditionen, etwa der USA (Mead e.a. 2004b).

Zugang hätten, würden sie die Kosten der amtlichen Statistik sicher einsparen. Auch sie haben keinen anderen Zugang zur Wirklichkeit als die Erfassung und Auswertung möglichst zuverlässiger Daten. Die Nutzung der offiziellen Statistik bildet die empirische Grundlage jeder Analyse. Gerade das buntere Bild der Medienberichterstattung erweist sich beim näheren Hinsehen als eine zumeist sehr selektive Auswahl aus amtlichen Angaben, Unternehmensnachrichten und der einen oder anderen Expertenanalyse, garniert mit "human touch": Vom Monatsbericht der *Europäischen Zentralbank* über die folgende Meldung einer Nachrichtenagentur bis zum entsprechenden Artikel in der Tageszeitung wird der Gehalt immer mehr ausgedünnt. Zwar sind Presseberichte in vielen Fällen unverzichtbar, da etwa über Eigentumsverflechtungen und Unternehmensstrategien die amtliche Statistik nichts vermelden soll und will. Ein Überblick ergibt sich aber auch hier nicht ohne Mühe und größeren Aufwand. Einschlägige Firmen haben deshalb aus der Sammlung und Bereitstellung von Unternehmensinformationen ein erfolgreiches Geschäftsmodell gemacht: Ihre privaten Datensammlungen sind sicher nicht prinzipiell vertrauenswürdiger als staatliche, Mitteilungen von *Bloomberg* oder der *Hoppenstedt* auf ihrem Feld nicht besser oder schlechter als die Jahres- und Monatsberichte der deutschen *Bundesagentur für Arbeit*.

Grundvoraussetzung für einen kontrollierten Umgang mit Informationen ist die Quellenkritik, die Berücksichtigung der zugrunde gelegten Erhebungsmethoden und ein Bemühen um Konsistenz. Dabei wird sich zeigen, daß es auf manche einfachen Fragen in der amtlichen Statistik keine Antworten gibt, während andere Rätsel der öffentlichen Debatten durch einen schlichten Verweis auf die Veröffentlichungen der zuständigen Stellen aufgelöst werden können. Manche Statistiken gestatten internationale Vergleiche – bei anderen erfordert schon der Vergleich zweier nationaler Angaben, die wenige Jahre auseinander liegen, umfangreiche Kommentare. Deshalb werden im Zuge der folgenden Darstellungen nicht nur die vorhandenen Theorien und Meinungen, sondern auch die benutzten statistischen Quellen und Konzepte diskutiert.

Sicher ist eine korrekte Beschreibung der herrschenden wirtschaftlichen Zustände noch keine Erklärung für ihr Zustandekommen, warum sie so und nicht anders gestaltet sind. Aber eine solche Beschreibung ist die Bedingung dafür, bei der Erklärung dieser Zustände und ihrer Veränderungen nicht über die eigenen Füße zu stolpern. Sonst verfestigt sich in der Darstellung der ökonomischen Größen und ihrer Verhältnisse leicht der Eindruck, den ohnehin viele Menschen aus dem schulischen Mathematikunterricht mitbringen: Zahlen und Größen wären irgendein Abracadabra.⁴ Ein Eindruck, der immer wieder auch direkt politische Folgen hat. So delegieren Betroffene ihre Belange an Experten, die sie nicht kontrollieren. Und die von Arbeitslosigkeit bedrohten Kolleginnen und Kollegen versuchen aus dem Wirtschaftsteil ihre Zukunft herauszulesen – doch es gelingt ihnen nicht. Zwar stimmt die alte Losung der Arbeiterbewegung nicht: Wissen ist nicht Macht, zu Macht gehört noch einiges mehr. Doch die Umkehrung stimmt: Unwissen ist Ohnmacht. Eine Ohnmacht allerdings, die nicht als unvermeidliches Schicksal über uns kommt, sondern der in einer sachlichen Diskussion durchaus zu begegnen ist.

Dabei sind jähe Wendungen und überraschende Umbrüche nie auszuschließen, schon gar nicht in Krisenzeiten. Unsicherheit muß aber gar nicht immer etwas Schlechtes sein. Sie kann das Offene einer Lage anzeigen, ja den Verzicht auf die Kontrolle einer Situation, um Neues zu ermöglichen. Nur muß man mit einer offenen Lage auch etwas anfangen können:

⁴ Bereits im elementarmathematischen Bereich gibt es im deutschen Schulsystem eine Eigenart, an der, meiner ganz subjektiven Erfahrung nach, Kinder zum Verzweifeln gebracht werden: Das Entwerfen und Verwenden von effizienten Algorithmen wird unzureichend vermittelt. Musterbeispiel dafür ist die Einführung der Bruchrechnung, wobei die Bestimmung des größten gemeinsamen Teilers zum Kürzen eines Bruchs – bzw. die Bestimmung des oft zitierten "kleinsten gemeinsamen Nenners" für die Addition ungleichnamiger Brüche – auf dem völlig überflüssigen und hochkomplizierten Umweg der Primzahlzerlegung dargestellt wird, statt über die Division mit Rest und den Euklidischen Algorithmus ein einfaches, effektives und stets anwendbares Lösungsverfahren zugänglich zu machen. Wer aber die Unterrichtsstunden zur Bruchrechnung mit einem unguuten Gefühl mangelnder Beherrschung geheimnisvoller "Tricks" hinter sich läßt, der wird schon das Rechnen mit Verhältnissen (Prozentrechnung!) nicht sicher beherrschen, geschweige denn kompliziertere Rechenweisen selbständig anwenden können. Der Euklidische Algorithmus gilt als Zusatzstoff, der irgendwann in der Sekundarstufe II denen vermittelt wird, die mit dem Rechnen ohnehin keine Probleme haben. So wird ein spezifischer Analphabetismus erzeugt – und das in einer Gesellschaft, die auf Schritt und Tritt von wissenschaftlich basierter Technik geprägt ist.

Es ist eine Reaktion auf eine bestimmte Verteilung von Ressourcen, die auf der einen Seite eine "unternehmerische" Lust am Risiko, auf der anderen die besorgte Suche nach Sicherheit hervorbringt. Mit der Frage nach den Ressourcen, den subjektiven und objektiven Möglichkeiten aber verlassen wir den Bereich der bloßen Spekulation über Künftiges und richten unser Interesse auf unsere Gegenwart. Eine halbwegs präzise Analyse von gesellschaftlichen Situationen und Kräfteverhältnissen kann die Felder der Möglichkeiten umreißen und zur Prüfung verschiedener politischer Vorschläge beitragen – auch der Vorschläge, die auf den folgenden Seiten zu finden sind. Dabei zeigt sich, wie die Kritik der politischen Ökonomie nicht nur "Aufklärung über den Gegner" ist, wie Karl Korsch einst schrieb, sondern ebenso Aufklärung über uns selbst: Zur Orientierung im Gelände ist eine Landkarte nur hilfreich, wenn man die eigene Position mit ihr bestimmen kann. Dann kann man sich auch aufmachen, angrenzende, noch unbekannte Gebiete zu erforschen.

Zum Aufbau der Arbeit

Das erste Kapitel behandelt die vielfach selbstverständlich beantwortete Frage, ob denn die jüngste Weltwirtschaftskrise ein Epochenbruch ist – und gibt eine negative Antwort. Denn die Grundstrukturen der heutigen Weltlage haben sich aus dem Sieg des Kapitalismus im Kalten Krieg entwickelt. Und dieser Sieg wird durch das aktuelle Interesse an den Schwächen des Kapitals verdunkelt, aber nicht aufgehoben – denn dieses Interesse setzt die Stärken des Kapitals undiskutiert voraus. Nicht wenige Reformkonzepte bauen sogar darauf, die Früchte der hochproduktiven kapitalistischen Wirtschaft nun durch eine andere Verteilung endlich sozialen, ökologischen oder anderen guten Zwecken zuzuführen. Die folgenden Kapitel mit ausführlicheren Darstellungen zur Reproduktion des Kapitals bieten eine Grundlage, um den Realitätsgehalt solcher Hoffnungen einzuschätzen. Sie erörtern Fragen nach Herkunft und Bedeutung der Krise im US-Immobilienmarkt und im Finanzsystem sowie nach der Rolle der Zentralbanken (2. und 3. Kapitel), nach dem Charakter modernen kapitalistischen Wirtschaftswachstums, den Krisen der sogenannten "Realwirtschaft" und der Grundlage der gesellschaftlichen Reproduktion im Arbeitsprozeß (Kapitel 4 und 5), nach der internationalen Verflechtung der einzelnen Nationalökonomien, der sogenannten Globalisierung und nach den Interventionen des Staates in die Wirtschaft (6. und 7. Kapitel). Es handelt sich um einige der Problemfelder, die seit Beginn der Krise mit besonderem Nachdruck diskutiert worden sind, ohne daß sich bisher ein breiterer Konsens abzeichnet. Zunächst liegt dabei der Schwerpunkt auf der Darstellung der Entwicklungen in den USA als der nach wie vor größten Nationalökonomie. Daran anknüpfend werden in den Kapiteln 6 und 7 auch andere nationale Akkumulationsmuster und ihre Zusammenhänge diskutiert.

Jedes Kapitel wird mit einer Frage und einer ersten, thesenhaften Antwort eröffnet. Die in dieser Antwort enthaltenen Behauptungen werden dann in einer Reihe von Kommentaren entfaltet, um die kompakte und geschlossene Form der These zu ergänzen und zu relativieren. Entsprechend der Weite und Vielfalt des Themas müssen dabei viele unterschiedliche Gesichtspunkte berührt, andere, nicht weniger wichtige, dagegen ausgelassen werden. Es geht – in den Worten von Lothar Kühne – nicht um einen Sack "der die Erde umschließt und mit dem man sie nun nach Hause tragen kann." Vielmehr sollte "ein Gerüst geschaffen werden, welches demjenigen, der sich daran heraufgearbeitet hat, etwas mehr Übersicht ermöglicht, wenn es trägt." (Kühne 1981,7)

Um dabei neue Lösungen strittiger Probleme zu ermöglichen, wird mehrfach von breit akzeptierten Vorstellungen abgewichen: So erörtert das 2. Kapitel konsequent Probleme des Kreditwesens als Fragen kapitalistischen Eigentums und widerspricht damit der beliebten Vorstellung einer Kreditschöpfung aus dem Nichts. Die Diskussion der Zentralbankpolitik im 3. Kapitel bettet ihre vorgeblich unabhängigen geldpolitischen Entscheidungen in die Dynamik der privaten Kreditmärkte ein. Anschließend an solche Klärungsversuche zu Geld und Kredit stellt das 4. Kapitel kapitalistisches Wachstum nicht – wie die keynesianischen Kollegen – als gelungenen Ausnahmefall marktwirtschaftlicher Entwicklung, sondern als den turbulenten Normalfall dar, der im Wechselspiel von Wachstums- und Profitrate aufgeklärt werden kann. Im 5. Kapitel wird die Herkunft kapitalistischen Profits in den Begriffen der

marxschen Arbeitswerttheorie⁵ gefaßt und der Wachstumsprozeß als Akkumulation, als Reproduktion der Klassenverhältnisse näher begründet. Die Darstellung der internationalen Konkurrenz in Kapitel 6 stützt sich nicht auf die "Theorie komparativer Vorteile"- die in Deutschland mal die "Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt" genannt wurde – und auch nicht auf die leninsche Theorie des Monopolkapitalismus. Sie argumentiert dagegen ausgehend vom Kampf um absolute Konkurrenzvorteile auf dem Weltmarkt für ein Verständnis des Imperialismus als "höchstes Stadium der freien Konkurrenz"(Shaikh 1980, 209). Und was die Rolle des Staates betrifft, so erinnert Kapitel 7 an manche vernünftige Erkenntnis der Staatsableitungsdebatten der siebziger Jahre und rückt gegen die eiligen Behauptungen über dieses oder jenes "objektive Klasseninteresse" den komplizierten, aber nicht überirdischen Prozeß der Bildung gesellschaftlicher Interessen ins Zentrum.

Wie sinnvoll und produktiv die so eröffneten Widersprüche sind, das ist dem Urteil der Leserin oder der Lesers überlassen. Sie können Darstellungen anderer Autor/innen zum Vergleich heranziehen, abwägen, und neue Fragen aufwerfen.⁶ Für das 8. und letzte Kapitel ist das so leider nicht möglich, denn die dort behandelten Probleme werden selten oder gar nicht mehr aufgeworfen. Es geht um die alte Frage nach den Perspektiven einer Selbstbefreiung der lohnabhängigen Klasse. Dabei spielen zusätzlich zu den nötigen Einsichten in die Natur kapitalistischer Reproduktion die Erfahrungen mit den Gesellschaften des "realexistierenden Sozialismus" eine wesentliche Rolle. Geht es doch nicht darum, einen Kommunismus als paradiesisches Nirgendwo, als reine Utopie zu erhalten, sondern als "wirkliche Bewegung, welche den heutigen Zustand aufhebt", zu entwickeln.⁷ Dazu braucht es Einsichten, welche die bisherigen Ergebnisse der wirklichen Arbeiterbewegungen nicht nur im Ostblock erklären können. Als Beitrag dazu ist diese Arbeit gedacht.

5 Arbeitswerttheorie nicht im Sinne einer esoterischen Geheimlehre, sondern verstanden als wissenschaftliche Ausarbeitung jener Einsichten, die Marx etwa im Brief an Ludwig Kugelmann (Marx 1868, 552) formuliert hat. Dabei ist die Quantifizierung des Wertes durch vertikal integrierte Arbeitskoeffizienten nicht nur ein legitimes, sondern notwendiges Mittel in der Darstellung der Marxschen Theorie wie in der empirischen Forschung.(vgl. Meyer 1997) Klassische Einführungen sind etwa Brody (1970) auf Englisch und Pasinetti (1988) auf Deutsch. Von den Arbeiten Nobuo Okishios liegt leider nur ein Teil auf Englisch und wenig auf Deutsch vor.(Okishio 1993) Allerdings fanden einige seiner Ergebnisse auf dem Umweg durch die Arbeit des aufgeklärten Neoklassikers Michio Morishima (1973) Eingang in die internationale Diskussion.

6 Neben der Berichterstattung in der Presse und den Beiträgen in einschlägigen Zeitschriften gehören dazu z.B. folgende, von explizit linken Autor/innen verfaßten Bücher: Zeise (2008), Wagenknecht (2008); Roth (2009), Wolf (2009)

7 Die Bemerkung stammt aus Marx und Engels großartiger Skizze ihrer theoretischen Vorstellungen, dem Abschnitt "I. Feuerbach" der *Deutschen Ideologie* (Marx/Engels 1845b).

1. Epochenbruch! Welcher Epochenbruch?

Frage: Auf fast allen Kanälen kann man sich neuerdings über die Schwächen, Konstruktionsfehler oder Mängel des Kapitalismus informieren. Es hat sich einiges geändert in der veröffentlichten Meinung. Warum aber interessiert man sich nicht mehr für die marktwirtschaftlichen Vorzüge, mit denen das Kapital den Kalten Krieg gewonnen hat?

Antwort: Offensichtlich hat sich vieles in den letzten Jahren geändert – das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen hat sich nicht geändert. Die grundlegende bürgerliche Freiheit, die Freiheit des Privateigentums, wird in allen Krisenstrategien der Regierungen und ihrer parlamentarischen oder akademischen Kritiker bekräftigt. Schon die naheliegende Forderung nach einer Offenlegung der wirtschaftlichen Lage privater Unternehmen scheitert regelmäßig am Recht auf das Geschäftsgeheimnis.

Die marktwirtschaftlichen Vorzüge des Kapitalismus werden nicht diskutiert, sondern vorausgesetzt. Sie haben zwar keineswegs einen allgemeinen Wohlstand gebracht, trotzdem soll an ihnen festgehalten werden, weil sie sich jeder konkurrierenden Gesellschaftsordnung bisher als überlegen erwiesen haben. Darum hatten die Vertreter des Kapitals keine Scheu, von der tiefsten Krise der letzten Jahrzehnte zu sprechen: Der Staat, den sie um Hilfe angehen, ist der bürgerliche Staat. Es gibt niemanden, der global oder auch national ihre Herrschaft in Frage stellt. Darum ist man mit der Rede vom "Epochenumbruch" rasch bei der Hand, weil eine Machtfrage gar nicht gestellt wird. Die aktuelle Epoche der Weltwirtschaft und Weltpolitik begann nicht 1929 oder 1945, sie begann 1989 und dauert weiter an.

Tatsächlich behindert das öffentliche Interesse an den Schwächen der aktuellen Konjunktur und an den Fehlern ihrer Manager die Einsicht in die Macht, die das Kapital gerade heute bildet. Doch nur für eine Linke, die sich ebenso resigniert wie machtbewußt auf die Reformation des Kapitalismus beschränkt, mag es reichen, dessen Funktionsmängel und Schwächen anzuklagen – um diese Fehler und Schwächen dann gemeinsam mit aufgeklärten Männern und Frauen aus den bürgerlichen Eliten zu beheben: Die vielen von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten könnten ja nicht warten, bis irgendein Sozialismus kommt. Wer aber das Kapital bekämpfen will, muß dessen Stärken kennen.

1.1. Veränderungen gewichten: Wo sind die "Früchte des Aufschwungs" geblieben?

Für die Bundesrepublik sagte die Frühjahrsprognose 2009 der Wirtschaftsforschungsinstitute (Projektgruppe 2009) einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um 6 Prozent im laufenden Jahr voraus. Sie erregten damit großes Aufsehen, auch deshalb, weil für den September Bundestagswahlen anstanden. Es gilt nicht gerade als Wahlkampfhilfe, wenn eine amtierenden Regierung mit schlechten wirtschaftlichen Aussichten konfrontiert wird. Trotzdem wurden die Kanzlerin und ihre Partei in den Wahlen bestätigt und mit ihrem erklärten Wunschpartner, den Liberalen, ausgestattet. Für eine tiefe Erschütterung des politischen Systems spricht das nicht. Tatsächlich betrug der Rückgang des "realen" BIP im letzten Jahr 5 Prozent.

Zweifellos handelte es sich bei diesem Rückgang um einen in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte unbekanntem Einbruch. Noch nie ging die wirtschaftliche Leistung, gemessen am "realen", d.h. um Preisveränderungen bereinigten Bruttoinlandsprodukt, im Vergleich zum Vorjahr so stark zurück. Wenn wir aber die Konsequenzen dieses Rückgangs erfassen wollen, müssen wir den Ausgangspunkt des Vergleichs im Auge behalten: Das wirtschaftliche Leistungsniveau der Bundesrepublik im Jahr 2008. Und dann ergibt sich, daß selbst ein Rückgang um 5 gegenüber dem Jahr 2008 die wirtschaftliche Leistung der bundesdeutschen Nationalökonomie nur etwa auf das Niveau des Jahres 2005 zurückwirft. Das ist ein deutlicher Rückgang, eine Katastrophe ist es aber wohl noch nicht: Denn die BRD war im Jahr 2005 auf hohem Niveau reproduktionsfähig und befand sich nicht in einer gesamtwirtschaftlichen Notlage.[Grafik 1.1.1] Zudem hat die deutliche Erholung des Jahres 2010 ein Teil des Rückschlages wieder wettgemacht.

Einige Kommentatoren hatten nun davon gesprochen, daß mit diesem Rückschlag die "Früchte des Aufschwungs von 2005 bis 2008" zunichte gemacht werden. Dabei lassen sie jedoch außer acht, daß die **Stromgröße** BIP allein schwerlich ein guter Indikator für die "Früchte des Aufschwungs" ist. Das Bruttoinlandsprodukt gibt an, wie groß die in einem Jahr erbrachten marktgängigen Leistungen sind. Es ist in der Dimension Milliarden Euro pro Jahr der Statistik zu entnehmen.⁸ Über die bereits vorhandenen Reichtümer eines Landes – eine **Bestandsgröße** – sagt das BIP nichts aus. Wer Strom- und Bestandsgrößen durcheinander bringt, der verwechselt Wesentliches. Zwar bringt er nicht Äpfel und Birnen, aber sozusagen Äpfel und Apfelbäume durcheinander. Zu den Ergebnissen der guten Konjunktur der letzten Jahre zählen gerade jene Reichtümer, die zwischen Anfang 2005 und Anfang 2009 im Lande akkumuliert werden konnten: Die Angaben des Statistischen Bundesamtes über die Entwicklung des Anlagevermögens zeigen einen deutlichen Zuwachs über diesen Zeitraum [Grafik 1.1.2].⁹ Zudem nahm in der gleichen Zeit die Nettoauslandsvermögensposition der Bundesrepublik deutlich zu, d.h., dem deutschen Kapital gehören immer mehr Dinge, die sich im Ausland befinden.[Grafik 1.1.3]

Daß Strom- und Bestandsgrößen nicht direkt vergleichbar sind und auf keinen Fall miteinander verwechselt werden sollten, bedeutet nicht, daß sie nicht ins Verhältnis gesetzt werden dürfen. Der Zinssatz etwa ist das Verhältnis eines Zahlungsflusses zu einer Bestandsgröße: der Zinsen einer Rechnungsperiode zur Größe der Kredits am Beginn dieser Periode. Auch die Profitrate ist ein Verhältnis einer Stromgröße – des Profits in einer Rechnungsperiode – zu einer Bestandsgröße, dem vorgeschossenen Kapital. Was aber im Falle der Zinsen von vornherein vertraglich festgelegt ist, ist im Falle der Profitrate das Ergebnis einer komplizierten nachträglichen Berechnung. Sie erfordert eine Reihe inhaltlicher Vorarbeiten, eine genaue Bestimmung, was als Profitrate eigentlich berechnet werden soll – und was, ausgehend von den vorhandenen Daten, berechnet werden kann. Diese schwierige Aufgabe soll daher für einen Moment zurückgestellt werden.¹⁰

Sicher ist, daß sich manche Profiterwartungen der letzten Jahre nicht erfüllt haben. Die aktuelle Krise geht insofern mit einer "Entwertung" von Kapital einher. Zugleich aber sind all die akkumulierten Reichtümer der letzten Jahre auch nach dem Ende der guten Geschäfte noch vorhanden. Und sie gehören immer noch bestimmten Leuten, die nun versuchen, mit ihren erweiterten Mitteln das Beste aus der Krise zu machen. Wer heute davon spricht, das die bundesdeutsche Ökonomie auf den Stand von 2005 zurückgefallen wäre, der hat in Bezug auf die aktuelle Produktion von Waren und Dienstleistungen nicht ganz unrecht. Aber er ignoriert die vergrößerten materiellen Möglichkeiten, die sich das deutsche Kapital zulegen konnte. Genauer gesagt: Er ignoriert das Kapital überhaupt, das Verhältnis, das der Entwicklung der Produktion und der Verteilung der Einkommen zugrunde liegt.

So waren schon die "Früchte des Aufschwungs" systematisch ungleich verteilt: Die Veränderung der bundesdeutschen Lohnquote [Grafik 1.1.4] weist dies für die laufenden Einkommen aus.¹¹ Mehr noch gilt es für die Verteilung des Vermögens. Im Jahr 2007

8 Zu den Einzelheiten dieser vielzitierten Größe siehe Kapitel 4. Die Angaben für die BRD stammen vom Statistischen Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.4., Tabelle 2.1.1, www.destatis.de

9 Für die BRD: Fachserie 18, Reihe 1.4., Tabelle 3.1.3 des Statistischen Bundesamtes, www.destatis.de

10 Welche Probleme dabei bereits auf der Preisebene zu lösen sind, soll hier nur kurz vermerkt werden: 1) ist zu klären, wie der Überschuß zu bestimmen ist, der zur Bestimmung der Profitrate oberhalb des Bruchstrichs einzusetzen ist: vor oder nach Abzug der Abschreibungen, Berücksichtigung abgeleiteter Einkommen und der Arbeitseinkommen von Selbständigen. 2) ist zu klären, welches Kapital als vorgeschossenes einzusetzen ist, insbesondere, ob das Nettoanlagevermögen oder Bruttoanlagevermögen anzusetzen ist. 3) Erfordert eine solche Berechnung eine korrekte Berücksichtigung der Preisveränderungen bei der Bestimmung des Kapitalstocks, der ja aus Investitionen zu ganz verschiedenen Zeiten entstanden ist.

11 Thomas Piketty und Emmanuel Saez haben bezweifelt, ob die dabei zugrunde gelegte Größe – das Arbeitnehmereinkommen – für eine Analyse der Verteilungsverhältnisse geeignet ist: Je wichtiger hohe Gehaltseinkommen für die Einkünfte der ökonomischen Eliten wären ("working rich"), desto zweifelhafter erscheint die Aussagekraft der Lohnquote. Sie haben für die USA detailliertere Untersuchungen unter Nutzung der Einkommenssteuerdaten vorgelegt, die sich – anders als die stark zusammengefaßten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder die Umfragedaten des "Survey of Consumer Finance" der US-Zentralbank auf die Spitze der Einkommenspyramide konzentrieren. Dabei finden sie, daß selbst in der höchsten Einkommensgruppe – die Top 0,01 Prozent, d.h. das oberste Zehntausendstel der Steuerpflichtigen – der Anteil der Gehälter am steuerpflichtigen Einkommen im Jahr 1999 gut 50 Prozent betrug (Piketty/Saez 2004, 51). Zugleich kommen sie in ihrer Analyse zu dem Ergebnis, daß die Vermögensungleichheit in den USA im Verlauf der letzten

verfügten zwei Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung über 17 Jahren über kein oder nur geringes Vermögen. Zwar lag das durchschnittliche Nettovermögen pro Kopf bei 88.000 Euro – aber die Hälfte der Bevölkerung hatte ein Vermögen von weniger als 15.000 Euro.¹² Und in den Jahren seither hat diese Ungleichheit noch zugenommen, da auch die Ungleichheit bei den Einkommen – siehe Lohnquote – zugenommen hat. Zwar gibt es immer wieder Gruppen, auch große Gruppen der abhängig Beschäftigten, die sich den Traum zumindest einer selbstbestimmten Freizeit im Kapitalismus erfüllen können – mangels vererbten Vermögens sieht es aber schon für ihre Kinder oft ganz anders aus. In der Regel reicht das Vermögen am Ende eines Arbeitslebens ja noch nicht einmal, um daraus ein sorgenfreies Alter zu finanzieren. Selbst die besten Zeiten des Nachkriegskapitalismus in den Metropolen haben – trotz sozialstaatlicher Eingriffe und starker Gewerkschaften – eine verbreitete Altersarmut, vor allem von Frauen, nicht verhindert.

1.2. Welcher Epochenbruch? Eine Erinnerung an 1989

Angesichts von Ausmaß und Schwere der aktuellen Wirtschaftskrise ist den Kommentatoren kein Bild zu stark, kein Vergleich zu weit hergeholt. Zu Beginn der Finanzkrise im Sommer 2007 wurden noch Parallelen zum Crash der New-Economy-Blase, zur Asienkrise von 1997/98 und zum "Schwarzen Montag", dem Kurssturz der US-Börsen am 19. Oktober 1987 gezogen – zu Krisen also, die in mehrjähriger Aufräumarbeit im wesentlichen im Rahmen der bestehenden Institutionen bewältigt werden konnten. Rasch aber stellten sich die Erinnerungen an den Bruch in der kapitalistischen Entwicklungsdynamik ein, der mit der Weltwirtschaftskrise von 1974/75 verbunden war, und die Suche nach Übereinstimmungen und Unterschieden zwischen den aktuellen Vorgängen und der Großen Depression der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts begann. Mit dem letzteren Vergleichspunkt scheint aber ein Maximum erreicht zu sein: das Maximum dessen, was sich die Kommentatoren an wirtschaftlichen Übeln in Friedenszeiten vorstellen können.

Erstaunlich abwesend ist in diesem Reigen eine viel jüngere und naheliegendere Krise: der beispiellose Einbruch der Nationalökonomien der Länder des Ostblocks (des "Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe") nach der Aufgabe der zentralstaatlichen Planung und der Freigabe der Preisbildung in den frühen neunziger Jahren. Selbst die ziemlich groben Daten des IWF für das "reale" Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf der Bevölkerung weisen für die Russische Föderation einen Rückgang von 130.539,758 Rubel im Jahr 1992 auf 92.803,30 Rubel im Jahr 1998 aus. Erst im Jahr 2003 wurde das Niveau von 1992 wieder überschritten. Und dabei war 1992, der Ausgangspunkt des Vergleichs, schon das vierte Jahr der wirtschaftlichen Krise, die in der Sowjetunion bereits 1989 begonnen hatte. Andere Länder wie Polen oder Rumänien zeigen in nationalen Farben das gleiche Muster: ein Absturz der gesamtwirtschaftlichen Leistung gegenüber den späten achtziger Jahren um 40 bis 50 Prozent, der erst zu Beginn des neuen Jahrtausends wieder aufgeholt worden ist. Dagegen nahm allein im Zeitraum 1992-2004 das "reale" BIP pro Einwohner in den USA von 28.444,71 auf 35.375,385 Dollar zu, in der Bundesrepublik stieg es etwas schwächer von 21.302,97 auf 25.234,68 Euro an.¹³

Wenn also von einem Epochenbruch gesprochen wird, dann sollte als Vergleich zunächst die Zeit nach 1989 herangezogen werden. Denn es war doch wohl dieser Zeitabschnitt, in dem grundlegende Strukturen der derzeitigen Weltordnung sich herausgebildet haben:

a) In dieser Zeit entschied sich, daß es keinen emanzipatorischen Aufbruch in den Ländern des Ostblocks geben würde. Nicht die Streikbewegungen von Workuta bis zum Kusbass und

Jahrzehnte nicht besonders zugenommen habe. Beide Befunde werden von anders angelegten Untersuchungen zur Ungleichheit in den USA nicht bestätigt. (Wolff/Zacharias 2007) Die Diskussion ist sicher noch nicht abgeschlossen. Für die Bundesrepublik kommen Stefan Bach, Giacomo Corneo und Viktor Steiner mit einer an Piketty/Saez orientierten Untersuchung zu einem anderen Ergebnis: Hier kamen in der gleichen Spitzengruppe (Top 0,01 Prozent) im Jahr 2001 nur 5,2 Prozent des Gesamteinkommens vor Steuern aus Gehältern. (Bach e.a. 2007, 20) Von daher dürfte die Lohnquote als grobe Annäherung an die hierzulande bestehende Einkommensverteilung tauglich sein.

¹² Grabka/Frick 2009; vgl. Grabka/Frick 2007.

¹³ Alle Angaben nach IMF (2009).

die Räte der Arbeitskollektive¹⁴ gestalteten das Ende der Gorbatschowschen Perestroika, sondern die Politbürokratie machte sich auf den Weg der Privatisierung. Die letzten Vertreter des Selbstverwaltungs-Programms der Solidarnosc waren so demoralisiert, daß sie im polnischen Parlament (wie auch die Vertreter der alten "marxistisch-leninistischen" Staatspartei PZPR¹⁵) dem Balcerowicz-Plan einer marktwirtschaftlichen Schocktherapie zustimmten. Schließlich bildete der nationalistische Aufbruch von Tallinn bis Skopje, von Berlin bis Baku die Form, in der die Unterordnung unter den Weltmarkt als Befreiung gefeiert werden konnte. Der Westen hatte den Kalten Krieg gewonnen. So gründlich wurden die kommunistischen Gespenster ausgetrieben, daß bis heute auf jede soziale und ökonomische Krise mit einem wiederholten Bekenntnis zum eingeschlagenen Weg geantwortet wird: Noch in der aktuellen Krise haben die polnischen parlamentarischen Parteien den Fall des Zloty mit der Vision der Euro-Einführung gekontert. Und wer den jüngsten Einbruch der "Weltproduktion" für beispiellos hält, der rechnet – wie der IWF oder die OECD – einfach den Zusammenbruch der Produktion zwischen Elbe und Wladiwostok nicht mit, der sich zwischen 1989 und 1993 vollzog. Im Rahmen der deutschen Statistik ist diese Nichtbeachtung dadurch gesichert, daß zur Grundlage von Vergleichen einfach das Jahr 1991 gewählt wird, womit sich der Einbruch der ostdeutschen Wirtschaft nach der "Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion" vom 1. 7. 1990 außerhalb des Berichtszeitraumes befindet.

b) Parallel brach mit dem Ostblock für relevante Teile von Befreiungsbewegungen im Trikont der weltpolitische Bündnispartner weg. Zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen in Brasilien 1989 lag der Fall der Mauer in Berlin. Im ersten Wahlgang lag Lula als Kandidat der Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores, PT) noch klar vorn, im zweiten Wahlgang wurde er mit einer antikommunistischen Kampagne an die Wand gespielt. Im Februar 1990 verloren die Sandinistas die Wahlen in Nicaragua. Und damals ging es nicht um ein reformistisches Projekt, daß sich mangels anderer Bewerber um den Titel "Sozialismus des XXI. Jahrhunderts" nennen kann, sondern um einen sozialrevolutionären Aufbruch. (Sterr 1993) Der Lula in Anzug und Krawatte des Jahres 2002 war nicht der Gewerkschaftsführer des Jahres 1989.

Ähnlich sieht die Sache für das südliche Afrika aus: In keinem der Länder dort bestand eine relevante Chance, den Zusammenbruch der Apartheid-Republik in einen sozialen Fortschritt umzusetzen. Zwar hatte die regierende MPLA in Angola mit kubanischer Hilfe im Frühjahr '89 den Krieg gegen die südafrikanischen Truppen gewonnen, mußten Nelson Mandela und seine Genossen – auch die kommunistischen – freigelassen werden und die Unabhängigkeit Namibias stand bevor – aber ein Ausscheren aus der Weltmarkthierarchie war allein aus eigener Kraft nicht zu schaffen.

c) Schließlich hat der Rückzug der Sowjetunion von der weltpolitischen Bühne den USA und ihren Verbündeten Räume eröffnet, deren Umgestaltung die Weltpolitik bis heute prägt: Ohne die Kapitulation der UdSSR kein erster Irakkrieg 1991 und keine Talibanisierung Afghanistans. Im Falle des Nahostkonfliktes kommen im Osloer Bankrott der PLO, auch der Mehrheit der "marxistischen-leninistischen" DFLP, die Punkte b) und c) zusammen.

Daß die Kopflanger des Kapitals die Katastrophen der "Transformation" nicht diskutieren wollen, ist verständlich. Ebenso ist einsichtig, daß sich die Parteigänger der osteuropäischen Politbürokratien nicht an die Niederlage ihrer Staaten erinnern wollen. Warum aber radikale Linke diese Krise heute verdrängen, ist weniger nachvollziehbar. Denn tatsächlich ist die nachhaltige Wirkung des Zusammenbruchs von 1989 bis in die aktuellen Krisendiskussionen der Linken präsent: In der frappierenden Harmlosigkeit der offerierten Alternativvorschläge. Harmlos sowohl darin, daß Gegner der eigenen Vorschläge nicht wirklich in die Überlegung aufgenommen werden. Und harmlos darin, daß selbst auf das Ziel einer demokratischen gesellschaftlichen Kontrolle der ganzen Wirtschaft weitestgehend verzichtet wird, die Forderungen vielmehr im konsumtiven Bereich verbleiben. Noch ist die Epoche, die 1989

¹⁴ Vgl. die offizielle Fassung ihrer Vollmachten im "Gesetz über den staatlichen Betrieb (Vereinigung)" von 1987 in: SU, (1987). Zur Realgeschichte siehe Buzgalin (1993), Busgalin/Kolganow (1996).

¹⁵ PZPR – Polka Zjednoczona Partia Robotnicza = Polnische Vereinigte Arbeiterpartei. Gegründet im Dezember 1948, Selbstauflösung im Januar 1990.

begann, nicht zu Ende.

1.3. Widersprüche – Mängel oder Lebenselixier des Kapitalismus?

Nach dem Sieg im Kalten Krieg lautete die neue politische Weltformel: Rechtsstaat plus ökonomische Liberalisierung gleich moderner Kapitalismus. Die Entfesselung der Marktwirtschaft sollte den nötigen wirtschaftlichen Fortschritt bringen, der Rechtsstaat die Freiheit der Person und ihres Eigentums sichern. Demokratie allein, dessen waren sich die Eliten immer sicher, reicht zur Herstellung des bürgerlichen Normalzustandes nicht aus: Zu vielen Betroffenen mangelt es an unbedingter Zustimmung zum marktwirtschaftlichen Ziel, als daß man den Stimmen der Bevölkerung einfach trauen kann. Immer wieder tritt daher Marktwirtschaft auch ganz ohne Demokratie auf: die Militärdiktaturen in Chile und Bolivien waren das Experimentierfeld für die monetaristischen Chicagoboyes, die ihre Erfahrungen später u.a. in der Umgestaltung des Ostblocks als Berater verwerteten. Als der demokratisch gewählte Oberste Sowjet Rußlands aus Angst vor den sozialen Folgen solcher Schocktherapie dem Präsidenten Jelzin die unbedingte Gefolgschaft verweigerte, da löste der Demokrat Jelzin das Parlament 1993 auf und ließ die verbliebenen Aufrührer zusammenschießen.¹⁶ Dem vermeintlich kommunistischen China sieht man die autoritäre politische Struktur gerne nach, wenn sich nur sichere Geschäfte im Land machen lassen. Und keine westliche oder fernöstliche Demokratie hat je auf gute Beziehungen zu Saudi-Arabien verzichten wollen.

Der teils zynische Umgang mit den öffentlich beschworenen freiheitlichen Werten heißt jedoch nicht, daß diese eine reine Illusion wären: Das Beharren auf dem Rechtsstaat ist dem Kapital schon ernst. Seine Vertreter wissen, daß die Dynamik der Konkurrenz nicht nur eine ungeheure Entwicklung befördert hat, sondern private und soziale Widersprüche einschließt, die vielfältige gefährliche Konflikte hervorbringen. Thomas Hobbes hat aus dieser Beobachtung sein Menschenbild entwickelt: Der Mensch sei des Menschen Wolf. Und Carl v. Clausewitz ist bei seinem Versuch, den Krieg als einen "Akt menschlichen Verkehrs" zu bestimmen, auf folgenden bedenkenswerten Vergleich verfallen: "Besser als mit irgendeiner Kunst ließe er (der Krieg) sich mit dem Handel vergleichen, der auch ein Konflikt menschlicher Interessen und Tätigkeiten ist, und viel näher steht ihm die Politik, die ihrerseits wieder als eine Art Handel in größerem Maßstabe angesehen werden kann." (Clausewitz 1990, 112) Die alte liberale Vorstellung des Adam Smith (1993, 371) von einer "unsichtbaren Hand des Marktes" war keine Vorstellung einer "besten aller Welten". Denn Smith hat diese Hand, die ein gar nicht beabsichtigtes Ergebnis der Förderung der nationalen Wirtschaft herbeiführt, sehr bewußt als eine "unsichtbare" gekennzeichnet: Sichtbar ist in der bürgerlichen Gesellschaft allein der Konflikt der Privatinteressen. Deshalb braucht diese Gesellschaft zur Regelung dieser Konflikte nicht nur einen Staat, die Einzelnen wissen auch, daß sie zum Gebrauch ihrer privaten Freiheiten einen solchen Staat brauchen.

Ausdruck findet dieser Zusammenhang im bürgerlichen Recht – und der Gewalt, die es durchsetzt. Schon das römische Recht – das "erste Recht einer warenproduzierenden Gesellschaft" (Friedrich Engels) – zerfiel in zwei "verschiedene – und offenkundig einander widersprechende – Sachgebiete: das bürgerliche Recht, das wirtschaftliche Rechtsgeschäfte zwischen den Bürgern regulierte, und das öffentliche Recht, das die Beziehungen zwischen dem Staat und seinen Untertanen regelte." (Anderson 1979, 32) Das öffentliche Recht des alten Rom nahm dabei im Zweifel wenig Rücksicht auf Eigentum und Person der römischen Bürger, sondern klar Partei für den Kaiser. Der moderne bürgerliche Rechtsstaat soll nun zugleich zwei Dinge sicherstellen: die Verpflichtung der Privatpersonen auf die Grundlagen bürgerlichen Verkehrs – und die Verpflichtung des Staates auf das Wachsen und Gedeihen der bürgerlichen Geschäfte.

Globalisierungskritiker, die in gesellschaftlichen Konflikten nur einen Hinweis sehen, daß in dieser Gesellschaft etwas nicht stimmt, bleiben noch hinter dem Problembewußtsein ihrer neoliberalen Gegner zurück. Sie täten gut daran, sich bei den Spezialisten für bürgerliche Konflikte zu orientieren: Die Juristen wissen, daß das Bürgerliche Gesetzbuch und allerlei

¹⁶ Vgl. Buzgalin (1993), Busgalin/Kolganow (1996).

andere Regulierungen eine Form bilden, in der die Widersprüche dieser Gesellschaft "sich bewegen können". Dies, so Marx, "ist überhaupt die Methode, wodurch sich wirkliche Widersprüche lösen."(Marx 1867/1890, 118)

1.4. Die Lohnarbeit: Von der Wirklichkeit der bürgerlichen Freiheiten

In der Arbeiterbewegung sind die bürgerlichen Rechte und Freiheiten immer wieder als bloßer Schein denunziert worden, als ein Luxus, den sich nur die Reichen leisten können. Dabei stützt man sich zuweilen auch auf Marxzitate. Tatsächlich ist die übliche Argumentation aber älteren Datums und anderer Herkunft. Der französische Konservative S.-H.-N. Linguet führte in seiner Verteidigung feudaler Verhältnisse Ende des 18. Jahrhunderts aus, daß der moderne eigentumslose Proletarier tatsächlich unfrei, ja schlimmer als ein Sklave dran sei. Ganz unabhängig von Marx verteidigten noch Mitte des 19. Jahrhunderts russische Konservative die Verbindung von Dorfgemeinde – die obschtschina – und Leibeigenschaft als Mittel, die Entstehung eines destabilisierenden, eigentumslosen Proletariates zu verhindern. In verschiedenen bürgerlichen Demokratien wurden Einschränkungen des Wahlrechts für arme Bürger lange Zeit damit gerechtfertigt, daß die Armen von den Reichen abhängig sind und daher ohnehin nicht frei entscheiden können. Zusätzlich zu der Vielzahl praktischer Beschränkungen, die eine Teilnahme der Angehörigen der arbeitenden Klasse am politischen Leben erschwerten oder unmöglich machten – von der geringeren Verfügung über freie Zeit, Versammlungsräume und Publikationsmöglichkeiten bis zum beschränkten Zugang zu allgemeiner Bildung – wurden und werden ihre politische Rechte vielfach eingeschränkt, um mit staatlichen Mitteln die politische Willensbildung der "Masse" kontrollieren zu können.

So dekretierte die französische Nationalversammlung schon am 22. Dezember 1789 den Ausschluß der sogenannten "Passivbürger" von allen Wahlen. Nur wer jährlich direkte Steuern in Höhe von mindestens 3 ortsüblichen Tageslöhnen entrichtete, war als wahlberechtigt anerkannt und besaß das Recht, der Nationalgarde anzugehören, d.h. das Recht, sich zu bewaffnen.¹⁷ Noch stärker eingeschränkt als das aktive Wahlrecht war die Wählbarkeit: Abgeordneter sollte nur werden dürfen, wer direkte Steuern in Höhe von einer Mark Silber zahlte und Grundbesitz vorweisen konnte.¹⁸ Der Abbe Sieyes begründete diese Einschränkungen damit, daß nur die Aktivbürger die "wahren Aktionäre des großen Gesellschaftsunternehmens" wären. Die anderen seien lediglich "Arbeitsmaschinen". Allein auf dem Höhepunkt der französischen Revolution, in den zwei Jahren nach dem Sturm auf die Tuilerien, fand die "Gleichheit vor dem Gesetz" eine Entsprechung in einem allgemeinen Männerwahlrecht. Und auch dann sahen die Jakobiner in all den Unruhen der Sansculotten, die sich ihrem Einfluß entzogen, immer das Ergebnis royalistischen Goldes, mit dem Sprecher der Armen von Paris gekauft wurden. Die demokratische Verfassung des Jahres III trat nie in Kraft. Ein Frauenwahlrecht, gar eine Gleichberechtigung wie in der "Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin" von Olympe de Gouges 1791 eingefordert, überstieg damals den Horizont der meisten Revolutionäre ohnehin.

Aber nicht nur die Einführung des Frauenwahlrechtes sollte sich noch hinziehen – in Frankreich kam es, abgesehen vom kurzen demokratischen Moment der Pariser Kommune, erst 1945 dazu. Auch der Ausschluß besitzloser Proletarier von den Wahlen hielt sich lange. Noch Ende des XIX. Jahrhunderts führten in den USA eine ganze Reihe von Bundesstaaten neue Wahlrechtsbeschränkungen ein, um die zunehmende besitzlose Bevölkerung besser kontrollieren zu können. Erst 1964 wurden mit dem XXIV. Zusatz zur US-Verfassung die letzten Einschränkungen aufgehoben, die das Wahlrecht z.B. an die Zahlung bestimmter Steuern gebunden hatten.

Tatsächlich macht die sachliche Abhängigkeit des "doppelt freien" Arbeiters von der Lohnzahlung ihn aber nicht – wie Sieyes behauptet hatte – zu einer Maschine, die vorgegebene Befehle mechanisch abarbeitet. Nur ein Mensch selbst kann seine Kräfte, und

¹⁷ Soboul/Markov (1975, 143ff) Zur entsprechenden Regelung in der Verfassung von 1791 vgl. Mathiez (1950, 128ff).

¹⁸ Als einer von wenigen polemisierte Robespierre in der Nationalversammlung gegen diese Einschränkungen vgl. "Über die Silbermark und die Wählbarkeit der Bürger"(Robespierre 1956, 98ff).

sei es für einen anderen, anwenden. Der Zwang zur Lohnarbeit setzt wie jeder Zwang auf das Nachgeben des Bedrängten, auf seine Unterordnung. Allein durch blanke Gewalt kann sich keine Form von dauerhafter Herrschaft halten. Auf Bajonetten – das wußte schon Napoleon – kann man nicht sitzen. Oft wird eine Herrschaft nicht nur von den Herren, sondern auch von vielen Beherrschten verteidigt. Anders als Liberale gern glauben, schließt individuelle Freiheit Herrschaft keineswegs aus. Und anders als viele Linke annehmen, ist Herrschaft mit individueller Freiheit nicht unvereinbar. Insbesondere die Bereitstellung der Arbeitskraft ist – so Marx – eine subjektive Leistung eines für sich freien Subjektes, das zumindest über seine Arbeitskraft als sein Eigentum verfügen kann – um das Kommando dann einem anderen zu überlassen.

Allerdings hat die kompakte Darstellung zur Ware Arbeitskraft, die Marx unter Bezugnahme auf die hegelsche Rechtsphilosophie im ersten Band des *Kapital* gegeben hat, immer wieder Anlaß zu Mißverständnissen und Kritik gegeben. (MEW 23, 182) Zum einen wurde bezweifelt, ob denn eine Fähigkeit, ein Vermögen wie die Arbeitskraft überhaupt verkauft werden könne, zum anderen wurde die beliebte Kritik an der Willensfreiheit wieder aufgeführt. Beiden Einwänden ist nachzugehen, zumal sie über den konkreten Streitpunkt hinaus ihre Bedeutung haben.

Der erste Einwand lautet in der präzisen Formulierung von Peter Keiler: "Im Prinzip ist die Arbeitskraft ... als Ware 'ein äußerer Gegenstand, ein Ding...'; aber genau besehen ... ist sie ... – das genaue Gegenteil von einem Ding..., nämlich eine Eigenschaft bzw. ein Komplex von Eigenschaften." (Keiler 1993, 145ff) In zwei Fußnoten verweist Peter Keiler auf Hegelbezüge, welche die Marxsche Argumentation im *Kapital* prägen und erinnert an dessen Hegelkritik von 1842, wonach die Prädikate nicht zu Subjekten verkehrt werden dürften. Nun würde Marx selbst eine Eigenschaft in ein Ding, ein Prädikat in ein Subjekt verwandeln. Er verfallt daher seiner eigenen Kritik.

Doch der spätere Marx teilte die philosophischen Ambitionen seiner Feuerbachianischen Frühzeit nicht mehr.¹⁹ Die von Marx nunmehr schlicht herbeizitierte Lösung Hegels lautet: Das Subjekt selbst macht seine "besonderen körperlichen und geistigen Geschicklichkeiten und Möglichkeiten" zu einer Sache, indem es sie von seiner Totalität unterscheidet und zur Grundlage von Überlegungen über einen möglichst gedeihlichen Einsatz macht. (Vgl. Hegel 1989, 100f (§67)) Daß diese Sache nicht als abgetrennter physischer Gegenstand anschaulich wird, hat sie mit vielen Waren gemein. Ebenso wie die klassischen Juristen lassen aber Hegel und Marx sich nicht durch ontologische Vorurteile davon abhalten, einen beliebigen Verhandlungsgegenstand wie die Rechte, das Arbeitsvermögen oder die Dienstleistungen einer Person als Ding anzusehen.²⁰

Anders, als manche Kritik an Marx argwöhnt, konzipierte der Kapitalismuskritiker die Ware Arbeitskraft deshalb nicht als Ergebnis einer Investitionsentscheidung von Eltern, die Kinder etwa zum späteren Verkauf auf dem Arbeitsmarkt in die Welt setzen, wobei die Kosten-Nutzen-Rechnung noch genauer zu prüfen wäre. (Neusüß, 1985) Sondern Marx geht einfach davon aus, daß Kinder zum Menschenleben in einer, im Einzelnen ziemlich unkalkulierbaren Weise dazu gehören. Und daß ihr Lebensunterhalt von anderen, zumeist ihren Eltern,

19 Die sogenannte Verkehrung von Prädikaten zu Subjekten muß in jedem logischen System, das auch nur die traditionelle Logik, etwa die aristotelische Syllogistik reproduzieren soll, als normaler Übergang geregelt sein. Erst in der Wissenschaft, jenseits der Verwechslung von Logik und Ontologie, kann die Unterordnung der menschlichen Subjekte unter die objektiven Produkte ihres Handelns rationell erklärt werden, eine Unterordnung, die gerade kein logisches Problem ist.

20 Vgl. bereits die Institutionen des Gaius, II.12 folgende (*Römisches Recht* 1989, 52f). Hegel hat diese Frage in den §§ 42 und 43 der Rechtsphilosophie ausführlich erörtert. Die un-ontologische Rücksichtslosigkeit der Hegel und Marx findet übrigens eine präzise Entsprechung im un-ontologischen Charakter ihrer Muttersprache. Beide Wörter, die hier für gewöhnlich zur Anwendung kommen, sowohl "Ding" als auch "Sache" entstammen dem Bereich der öffentlichen Auseinandersetzung. Unser Wort Sache leiten die Linguisten her von althochdeutschen *sahda*: Streit, Rechtshandel, Angelegenheit; und der Ausdruck Ding kommt vom altgermanischen *thing*: im mittelhochdeutschen noch war ein *dinc* eine öffentliche Verhandlung vor der Volksversammlung. Und "dingen" hat daher die Grundbedeutung von "verhandeln", "bedingen" hieß nur "Vertragsbedingungen festsetzen" (heute noch direkt erhalten im Gebrauch des bereits als archaisch empfundenen "ausbedingen" oder in der Wendung "dingfest machen".) Erst von da her wurde historisch die Abstraktion geleistet, die zur Vorstellung eines "beliebigen Dings" geführt hat, eines beliebigen Gegenstandes der Debatte. Die spätere und veränderte Anwendung auf sinnliche Gegenstände überhaupt ist davon abgeleitet. (Wasserzieher, 1971)

besorgt werden muß, weshalb die Reproduktionskosten der jeweils heranwachsenden Generation – soweit sie privat bezahlt werden – einen Teil des Einkommens der Familie bilden müssen. Und man kann darüber diskutieren, wann die Kindheit endet. Ökonomisch gesprochen endet sie sicher, wenn Menschen für ihren Unterhalt selbst aufzukommen gezwungen sind. In diesem Moment stehen heute die allermeisten mangels eines auskömmlichen Vermögens vor der Frage, wie sie ihre Fähigkeiten am besten verkaufen können. Mit diesem Nachdenken entsteht die Ware Arbeitskraft. In den Wert einer Arbeitskraft geht deshalb nicht ein, was irgendwann einmal nötig war, diese Arbeitskraft herzustellen. Es geht in den Wert der Arbeitskraft nur ein, was Beschäftigte heute für ihren Unterhalt und den ihrer Familie herausholen können: Nicht die Kosten ihrer Kindheit, sondern die Kosten ihrer Kinder ebenso wie die Aufwendungen für die Alterssicherung ihrer Eltern und Großeltern. Der Umstand, daß in der vergleichsweise reichen Bundesrepublik Kinder zu den erstrangigen Armutsrisiken gehören, weist ebenso wie die Konflikte um die Rente darauf hin, wie schwierig dieser Zusammenhang zu realisieren ist. Der Markt alleine richtet es nicht. Wie verwickelt die Formen der Reproduktion der Arbeitskraft ausfallen und wie vielfältig dabei ökonomischer und außerökonomischer Zwang verknüpft sind, das hat Lydia Potts schon früh in ihrem Überblick über empirische Befunde und theoretische Modelle des "Weltmarkt für Arbeitskraft" (Potts 1988) erörtert.

Der zweite Einwand lautet: Marx sitze mit seiner Vorstellung eines freien Subjektes einer ganz idealistischen Fiktion auf, die wohl zu Hegel, nicht aber in einen historischen Materialismus passe. Schließlich heißt es im "Kommunistischen Manifest": "Aber streitet nicht mit uns, indem ihr an euren bürgerlichen Vorstellungen von Freiheit, Bildung, Recht usw. die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums messt. Eure Ideen selbst sind Erzeugnisse der bürgerlichen Produktions- und Eigentumsverhältnisse, wie euer Recht nur der zum Gesetz erhobene Wille eurer Klasse ist, ein Wille, dessen Inhalt gegeben ist in den materiellen Lebensbedingungen eurer Klasse." (Marx/Engels 1848, 477) Diese Idee vom Willen, "dessen Inhalt gegeben ist in den materiellen Lebensbedingungen" schließt unmittelbar an die Gesellschaftskritik materialistischer Aufklärer an, deren geistreichste Protagonisten, exemplarisch Voltaire und Feuerbach, gleichmäßig ausgesagt hatten, die Willensbildung des Menschen sei ein natürlicher Prozess, der Entscheidungsapparat (reduktionistisch: der Kopf; ganzheitlich: der Leib) ein natürliches Produkt, und deshalb sei er nicht zu beherrschen.²¹ Holbach behauptet strikt: "Um die Lehre von der menschlichen Freiheit als einen Irrtum zu erkennen, braucht man nur auf den Beweggrund zurückzugehen, der den Willen des Menschen bestimmt. Wir werden dann stets finden, dass dieser Beweggrund nicht in seiner Macht steht." (Holbach 1960, 153) Immer wieder zitiert ist die frühe Wendung, die Marx und Engels dieser Denkfigur gegeben haben: "Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt. Es handelt sich darum, was es ist und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird." (Marx/Engels 1845a, 38)

Die Frage nach den Bedingungen der Freiheit war es, die immer wieder zur Leugnung der Freiheit Anlaß gab: Wie bei Holbach wurde der menschliche Wille auf seinen Inhalt reduziert und dieser dann in die Reihe der Bedingungen seiner Existenz aufgelöst, die wiederum in ihre Bedingungen aufgelöst werden usw. usf.²² Doch diese Kritik geht fehl. Tatsächlich könnte mit solcher Argumentation ebenso gut die Nichtexistenz eines jeden Individuums, eines jeden irgendwie identifizierbaren Systems nachgewiesen werden – wenn sie denn stimmen würde. Denn jede Sache, jedes Individuum existiert unter bestimmten Bedingungen und Voraussetzungen. Aber wenn verschiedene Bedingungen einer Sache auch in fast jeder Hinsicht unabhängig voneinander existieren mögen: um die bestimmte Folge – die Sache selbst – hervorzubringen, müssen sie gemeinsam gegeben sein. Damit wird die Identität der Sache gesetzt, die so von ihren Bedingungen unterschieden, sozusagen gegen ihre Vorgeschichte abgeschlossen ist.²³ Durch das Ausweichen in eine unendliche Reihe von

21 Voltaire (1984, 174ff), Feuerbach (1972).

22 Am schönsten auseinandergelegt ist diese Denkweise bei Immanuel Kant, im dritten Widerstreit der transzendentalen Ideen seiner *Kritik der reinen Vernunft*. (A 444 ff, Kant 1971, 530ff)

23 Was es mit den logischen Formen der Identität und Nichtidentität, mithin mit dem "Hegelschen Widerspruch" (Marx 1867/1890, S. 623) bei Hegel und bei Marx auf sich hat, ist hier nicht darzustellen. Nur soviel: Bereits

Bedingungen wird nur das Desinteresse am Gegenstand der Erklärung oder die mangelnde Beherrschung des eigenen theoretischen Vorgehens manifestiert.

In speziellerer Form hat diese Kritik bereits Lothar Kühne formuliert: "Der bürgerliche Materialismus konnte zwischen dem spezifischen Sein der menschlichen Individuen und den Bedingungen desselben nicht unterscheiden. ... Da der bürgerliche Materialismus wegen der klassenmäßigen Beschränktheit seines Denkhorizonts die Arbeit nur als Bedingung menschlichen Seins, nicht aber als wesentliche Form der Selbstbetätigung der Menschen, ihrer Selbsterzeugung und Geschichte begreifen konnte, erhielt seine Gesellschaftstheorie zwangsläufig einen naturistischen Charakter und war sie für idealistische Schlußmöglichkeiten offen." (Kühne 1985, 88) Tatsächlich ist kein realistischer Arbeitsbegriff zu bilden, wenn die Machtlosigkeit der Individuen schon im Ausgangspunkt der vermeintlich materialistischen Betrachtung gesetzt ist: in der Rückführung aller Fragen auf die Gestaltung der äußeren, "materiellen Lebensbedingungen" oder der vorgegebenen natürlichen Veranlagung der Einzelnen. Denn so wird von der Wirklichkeit der ebenso materiellen menschlichen Individuen willkürlich abstrahiert.

Ausgangspunkt eines konsequenten Materialismus ist vielmehr die Wirklichkeit der Einzeldinge, wie sie Spinoza klassisch als Schluß des ersten Buchs der Ethik formuliert hat: "Nichts existiert, aus dessen Natur nicht notwendig eine Wirkung folgte." ²⁴ Erst wenn die Wirklichkeit der Individuen, ihre Individualität und ihr Zusammenhang, gedacht werden, besteht auch ein rationaler Zugang zur Spezifik menschlicher Individualität, kann auch eine Rückwirkung des Handelns und seiner Ergebnisse auf die Individuen und damit Selbstbestimmung, also Freiheit erfaßt werden. Holbach hat sich geirrt. Nur ein übernatürliches Phänomen ist nicht mit materiellen Mitteln zu beherrschen. ²⁵

Den notwendigen Neuanfang zu einer unvoreingenommenen Erforschung der Gesellschaft markieren zwei scheinbar einfache Sätze in der "Deutschen Ideologie". Dort halten Marx und Engels fest: "Die Voraussetzungen, mit denen wir beginnen, sind keine willkürlichen, keine Dogmen, es sind wirkliche Voraussetzungen, von denen man nur in der Einbildung abstrahieren kann. Es sind die wirklichen Individuen, ihre Aktion und ihre materiellen Lebensbedingungen, sowohl die vorgefundenen wie die durch ihre Aktion erzeugten." (Marx/Engels 1845b, 20) Deshalb ist die Frage nicht, ob die Einzelnen frei sein

Michael Wolff (1981) hat die weit verbreitete Vorstellung widerlegt, Hegel (oder Marx) hätten eine besondere dialektische Logik entwickelt, die den Gesetzen der traditionellen formalen Logik entgegen stünde. Leider bleibt Wolff in den eigentlich logischen Fragen unentschlüsselt. Die hegelsche Widerspruchsformel der "Identität von Identität und Nichtidentität" kann nur richtig aufgenommen werden, wenn als Formel der Nichtidentität richtig "a ist nicht nicht-a." erkannt wird. Hegel hatte Kants Erweiterung der Urteilstafel um die unendlichen Urteile (Kant 1800/1968, 534) vervollständigt, indem er die identischen Sätze – "a ist a." – dem unendlichen Urteil – "a ist nicht nicht-a." zuordnete. Die Identität und Nichtidentität entsprechen den zwei Formen des unendlichen Urteils – und die hegelsche Widerspruchsformel ist, statt dem Satz vom ausgeschlossenen Dritten zu widersprechen, vielmehr die Formulierung seiner Geltung. Hegel knüpft dabei, nicht unpolemisch, an J.G. Fichtes Ersten und Zweiten Grundsatz der Wissenschaftslehre an. (Fichte 1794, 11ff) Er erkannte, daß Sätze dieser Form keine Aussage über x, sondern Feststellungen über den Terminus x, Regelungen des Sprachgebrauchs darstellen. – Mit dieser These könnte diese Fußnote ihr Ende finden, wenn sich nicht in Anschluß an Alfred Tarskis Arbeit "Der Wahrheitsbegriff in den formalisierten Sprachen" unter Philosophen der Glaube weit verbreitet hätte, daß es zur Verhinderung von Antinomien unerlässlich sei, die Diskussion über Zeichen und Sätze in einer "Metasprache" zu führen. Dagegen haben Tarskis Lehrer Stanislaw Lesniewski oder auch Alexander A. Sinowjew in ihren Arbeiten gezeigt, daß die Bildung von Namen für Zeichen und Aussagen auch in einem formalen System zu keinerlei Kontradiktionen führt, solange nur gewisse, wohl begründete "grammatische" Einschränkungen beachtet werden. Daß seine Ergebnisse nicht auf Lesniewskis Systeme übertragen werden können, hatte Tarski in seiner klassischen Arbeit eigens vermerkt (Tarski 1935, 328, FN 56) doch spielte dieser Hinweis in den folgenden Debatten keine Rolle: So schlecht wird in der "sprachanalytischen" Philosophie gelesen.

²⁴ Spinoza, Ethik, Buch I, Lehrsatz 36. Ausgangspunkt der Erklärung des Willens ist damit die eigene Natur des Subjektes, d.h. die Natur des Subjektes nicht fälschlich in äußerliches aufgelöst, sondern als ihm eigentümliche. (Ethik, II. Buch, Lehrsatz 11; vgl. Hegel (1966, 380ff, (§ 471)).

²⁵ Tatsächlich gibt der bürgerliche Materialismus die von ihm vielbeschworene Einheit der Natur auf, indem er Körper und Seele als zwei Welten konzipiert, die dann nachträglich miteinander in Wechselwirkung stehen sollen: "... vergessen wir nicht, daß, wozu der Geist den Leib mit Bewußtsein bestimmt, dazu er selbst schon unbewußt von seinem Leibe bestimmt wird, ..." (Feuerbach 1972, 154). Aber Leib und Seele sind nicht zwei Dinge, die einander gegenüberstehen könnten. (Vgl. dazu bereits Spinoza in der Einleitung zum V. Teil der Ethik über die "Vereinigung von Körper und Geist" – und den Kommentar Lew S. Wygotskis (1933/1984, 169). Vgl. ebenso Hegel (1966, 318ff - § 389 Anm.). Zum materialistischen Hintergrund dieser Anmerkung Hegels siehe Wolff (1992). Die vermeintlich materialistische Wechselwirkung von Leib und Seele ist die Protestation gegen den Dualismus auf dem Boden des Dualismus.

können. Sondern die Frage ist, was sie mit ihrer Freiheit, d.h. was sie mit sich anfangen.²⁶

In Osteuropa fingen die Angehörigen der Arbeiterklasse nach 1989 an, ihre Freiheit künftig als Lohnarbeiter zu suchen. In Anbetracht der vielen unschönen Dinge, die ihnen dabei passierten, sprach mancher im Nachhinein von Täuschung, Betrug und Verrat. Selbstverständlich hat es Betrug und Verrat gegeben. Doch ändert das nichts daran, daß die Leute endlich ihr Arbeitsvermögen als ihre Privatsache behandeln wollten, die sie für einige Zeit zum Zwecke des Lebensunterhalts an einen möglichst zahlungskräftigen "Arbeitgeber" ihrer Wahl verkaufen. Sie haben nicht immer ein solches Unternehmen gefunden. Trotzdem wollen sie ihre neu gewonnenen bürgerlichen Freiheiten nicht mehr aufgeben. Sie hoffen weiterhin, nicht nur wählen zu dürfen, sondern auch zu etwas Eigentum zu kommen, sich als Person "eine äußere Sphäre ihrer Freiheit"²⁷ geben zu können – auch wenn sie inzwischen wissen, daß der Genuß dieses Eigentums zumeist auf die Zeit nach Feierabend beschränkt bleibt.

1.5. Lebenslage und Reformismus

In Westeuropa ist die Situation nicht wesentlich anders. Auch hier wird die Frage "Freiheit oder Sozialismus?" recht einmütig beantwortet. Die linksradikale Theorie, wonach eine partielle Besserstellung der Arbeiterklasse mit ihrer Integration in die bürgerliche Gesellschaft einher gehe, einer Integration, die ihren politischen Ausdruck im Reformismus erhält – diese Theorie darf als widerlegt gelten. In den letzten Jahren war von Fortschritten in der privaten Lebenshaltung für die meisten abhängig Beschäftigten nichts zu sehen, ohne daß die Integration in die bürgerliche Gesellschaft Schaden genommen hätte.

Im Europa der Nachkriegszeit hatten viele Linke von 1945 an eine unausweichliche Krise des Reformismus vorausgesagt, wenn nur erst die Nachkriegskonjunktur an ihr Ende gelangt sein werde. Derweil stritt man sich darüber, aus welchen Quellen denn Staat und Kapital die Besserstellung von Teilen der Klasse bestreiten konnten. Doch noch bevor man sich über diese Quellen einer Bestechung der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Metropolen geeinigt hatte, kam mit der Krise von 1974/75 das Ende des "kurzen Traumes immerwährender Prosperität"(Lutz 1984). Die aber führte nicht zu einer Stärkung linker Strömungen, sondern zum Sieg der Reagan, Thatcher und Kohl sowie zur Selbstaufgabe des reformistischen Programms der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich.

In großen Teilen der kapitalistischen Metropolen ist schon lange vor der aktuellen Krise das Lebensniveau der Mehrheit der Lohnabhängigen systematisch und nachhaltig gesenkt worden: in den USA und Großbritannien schon seit den frühen Achtzigern. Einen Einblick erlauben die Daten des US Census, der repräsentative Umfragen zu den Haushaltseinkommen durchführt. Zur Publikation werden alle Haushalte in 6 Gruppen geteilt: Aufsteigend werden die erfaßten Haushalte nach jeder Umfrage jeweils zum ärmsten, etwas weniger armen usw. Fünftel gezählt. Die Angaben zu den einkommenstärksten 5 Prozent werden dann noch gesondert ausgewiesen.[Grafik 1.5.1.] Es zeigt sich: die Lage der ärmeren 60 Prozent aller US-Haushalte hat sich in vierzig Jahren wenig bis gar nicht gebessert. Dagegen hat sich das Realeinkommen des oberen Fünftel fast, der 5 Prozent an der Spitze sogar mehr als verdoppelt. Damit ist der Anteil des oberen Fünftel auf gut 50 Prozent aller Haushaltseinkommen gestiegen – selbst nach dieser, noch sehr groben Statistik.[Grafik 1.5.2.]²⁸

26 Vgl. den Überblick in Wygotski (1931/1983, Kap. 12). Vgl. die anspruchsvolle Fassung des Subjektbegriffs bei Lothar Kühne: "Subjekt ist der Mensch, soweit er fähig ist, den Zweck seiner Tätigkeit zu setzen, deren Vollzug als Technik und deren Resultat ideell zu antizipieren und die nach außen gerichteten Wirkungen seiner Aktivität auf sich zurück zu beziehen."(1981, 9)

27 Dies Hegels Definition des Eigentums: Hegel (1989, 76f - § 41).

28 Vgl. auch Wolff/Zacharias (2007) und Piketty/Saez (2004). Wie überzeugend die letztere Argumentation gewirkt hat, das zeigen die wütende Polemik der Erzliberalen (Reynolds (2006) und (2007)) und der Umstand, daß ihre Zahlen auch Eingang in die Positionierungen der US-Demokraten und der Obama-Administration fanden. Zugleich weist dies aber darauf hin, wie wenig radikal sie ausfällt: Solange die obersten 10 Prozent der Steuerzahler nur etwa 32 Prozent aller Einkommen einstreichen, wie – entsprechend ihrer Analyse - zwischen 1943 und Mitte der achtziger Jahre in den USA, haben Piketty/Saez nicht viel zu beanstanden. Zwar konnten die oberen zehn Prozent bis 1940 und heute wieder deutlich mehr - 40-45 Prozent aller Einkommen vor Steuern! - an sich ziehen. Trotzdem waren die Jahre der Nachkriegsprosperität für viele kein "Goldenes Zeitalter".

Die Bundesrepublik zog erst mit der Verarbeitung des Anschlusses der DDR nach: Erst die Agenda 2010 von SPD und Grünen brachte eine Senkung des Realeinkommens je Beschäftigten.²⁹ Doch die reformistische Hegemonie in den deutschen Belegschaften geriet nicht von links, sondern von rechts unter Druck. Statt der linksradikalen Kritiker des Reformismus scheint diese Entwicklung eher die Auffassungen linker Sozialdemokraten zu bestätigen, die eine Höherentwicklung des Klassenbewußtseins gerade vom Fortschritt in der Lebenslage erwarteten – und erst nach einer erfolgreichen Verteidigung des Lebensniveaus eine höhere Akzeptanz sozialistischer Ziele für möglich halten. So, wie es Lenin 1893 klassisch ausgedrückt hatte, als er in "Zur sogenannten Frage der Märkte" das "Anwachsen der Bedürfnisse" als ein Gesetz der kapitalistischen Entwicklung bezeichnete und besonders darauf hinwies, daß die "Zunahme der Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung und des Arbeiterproletariates" auch eine Folge sei der "Zusammendrängung des Arbeiterproletariates, die sein Bewußtsein und sein Gefühl der Menschenwürde stärkt und ihm die Möglichkeit gibt, erfolgreich gegen die räuberischen Tendenzen der kapitalistischen Ordnung zu kämpfen."(Lenin 1893/1961, 98) Nach dem Schock des 4. August 1914 – der Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten – gab Lenin diese Position allerdings zugunsten einer bösen Polemik gegen eine gekaufte Arbeiteraristokratie auf. Wer nach den theoretischen Wurzeln der Sozialfaschismusthese sucht, wird deshalb in seiner Imperialismusschrift vielfach fündig. Dahinter steht allerdings eine recht mechanische Vorstellung von der Bildung gesellschaftlicher Interessen: Wenn es Leuten im Kapitalismus (relativ) besser geht, dann finden sie Kapitalismus gut. Und wenn nicht, dann nicht.

Wie wenig der Reformismus tatsächlich auf praktische Fortschritte angewiesen ist, das zeigt das deutsche Beispiel der letzten Jahre. Denn seit Jahren heißt hierzulande die Losung: mehr Arbeiten für weniger Geld. Die alte Ausrede der radikalen Linken – SPD und Gewerkschaften könnten die Massen mit kleinen Verbesserungen in der Lebenshaltung kaufen – zieht nicht mehr. Trotzdem folgte auf den Bankrott des realexistierenden Reformismus an der Regierung seine ideelle Wiederauferstehung in der Opposition, folgte auf die sozialdemokratische Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze die Beschwörung der wahren sozialdemokratischen Ziele und Mittel in den Sonntagsreden der neuen Linkspartei. Offensichtlich gibt es mehr und andere Gründe für den Wunsch nach kleineren Reparaturen am Kapitalismus als nur die Entwicklung der Realeinkommen und der Lohnquote. Und offensichtlich funktioniert die Bildung gesellschaftlicher Interessen anders, als die beliebte Frage "Wem nützt es?" nahe legt. Manchmal ist gar nicht ausgemacht, wem etwas nützt. Und oft machen Leute sogar Dinge, die ihnen offensichtlich nichts bringen – und sie halten trotzdem daran fest.

29 AMECO-Datensatz, Kennziffer RWDCDC = Einkommen je Beschäftigten, dividiert durch die Verbraucherpreisentwicklung.